

25. JUNI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/115

Bonn, den 21. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die große Gemeinschaftsaufgabe</u> SED-Regierungsmannschaft zur Kulturpolitik des Bundes	73
2	<u>"Brandt-Reden"</u> Ein neues Buch des "Regierenden"	20
3 - 4	<u>Rückt Lyndon Johnson nach rechts ?</u> Er ist sich selbst treu geblieben Von unserem Korrespondenten in USA	92
5 - 8	<u>"Alles klar an der Saar"</u> Beobachtungen vom Wahlkampf im Saarland Eine Reportage von Günter Markscheffel	196

+ * *

Die große Gemeinschaftsaufgabe

SPD-Regierungsmannschaft zur Kulturpolitik des Bundes

sp - Die SPD-Regierungsmannschaft ist an der Arbeit. Stück für Stück entstehen aus ihren Erklärungen zu den einzelnen politischen Sachbereichen die Konturen eines Regierungsprogramms, dessen Verwirklichung das führungslos treibende Schiff der Bundesrepublik endlich wieder auf Kurs bringen soll. Am letzten Wochenende erläuterten Professor Carlo Schmid und Waldemar von Knoeringen vor der Presse die Grundsätze und Ziele einer sozialdemokratischen Bundesregierung auf dem Gebiete der Kulturpolitik.

Wer die Willensäußerungen sozialdemokratischer Führungsgremien, die Politik sozialdemokratischer Regierungen und die Initiativen sozialdemokratischer Parlamentarier auf diesem Gebiet in den letzten Jahren verfolgt hat, wird von der Konzeption nicht überrascht sein, die die kommende sozialdemokratische Bundesregierung in zehn Programmsätzen zum Maßstab ihres Handelns erklärte: Ordnung im eigenen Hause und Ausschöpfung der kulturpolitischen Kompetenz des Bundes, Hilfe für die Länder und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben, loyale Kooperation mit allen, die für die Entwicklung für Bildung und Wissenschaft Verantwortung tragen.

Miteinander statt gegeneinander

ZUSAMMENARBEIT wird groß geschrieben in diesem Programm. Zusammenarbeit vor allem mit den Ländern, die in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik die Hauptlast der sachlichen Verantwortung wie des finanziellen Aufwands tragen. Die Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß nicht das Gefüge unserer föderativen Verfassung die Konzeption einer nationalen Kulturpolitik bisher erschwerte, sondern die Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung, diese Verfassung nach ihrem Geiste zu handhaben. Eine Regierung, in der drei Minister um die Entscheidungsinstanzen in der gleichen Sache raufen, die aber die Koordinierungsinstitutionen der Länder als verfassungswidrig denunziert, eine Regierung, die in ihrem eigenen Kompetenzbereich (wie bei der Gesetzgebung zur Förderung wissenschaftlicher Forschung) untätig bleibt und dafür in die Aufgabengebiete anderer hineinzuregieren versucht, eine Regierung schließlich, die ihre eigenen Finanzen in Wahlgeschenken verpulvert und gleichzeitig den Ländern die Mittel zur Finanzierung wichtiger Aufgaben beschneidet - eine solche Regierung hat vor ihrer Aufgabe versagt, unsere föderative Ordnung zu einem funktionsfähigen Instrument der Zusammenarbeit zu machen.

Auch die Bundesregierung trägt kulturpolitische Verantwortung, der allerdings weder Dekrete ihrer Verwaltungsbürokratie noch Sonntagsreden ihrer Minister Genüge tun. Im Zusammenspiel mit den Ländern und Gemeinden muß sie sich als der Partner bewähren, der das Interesse des Ganzen in den gemeinsamen Planungen Gleichberechtigter vertritt, ohne Entscheidungsrechte für sich zu beanspruchen, die ihr weder von der Sache her noch aus ihrer verfassungsrechtlichen Stellung zukommen. Ihr Beitrag zu einer nationalen Bildungsplanung liegt weniger im Bereich eigener Maßnahmen (in dem die derzeitige Bundesregierung allerdings ebenfalls ihre Unfähigkeit bewiesen hat, wie das Beispiel der Gesetzgebung zum Berufsausbildungsrecht lehrt) als in der Ermöglichung von Maßnahmen anderer. Ihre wichtigsten kulturpolitischen Entscheidungen werden in

den nächsten Jahren auf dem Gebiet der Finanzpolitik fallen müssen.

Gold für Bildung und Wissenschaft

Eine von der Sozialdemokratie bestimmte Bundesregierung "wird bei der Neuordnung der Finanzverfassung dafür sorgen, daß den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, die ihnen im Rahmen einer anerkannten nationalen Kulturpolitik zufallenden Aufgaben auch finanziell zu erfüllen. Sie wird sich darum bemühen, die öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Bildung bis zum Jahre 1970 auf 5,5 % des Bruttosozialprodukts zu steigern."

1964 investierten Bund, Länder und Gemeinden 14,4 Milliarden DM oder 3,5 % des Bruttosozialprodukts in Bildung und Wissenschaft. Die Verwirklichung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms würde diese Ausgaben bis 1970 mindestens verdoppeln. Wer den desolaten Zustand der Bundesfinanzen kennt und weiß, daß die Ausgabenpolitik des Bundes den finanzpolitischen Spielraum auch schon des nächsten Bundeshaushaltes praktisch beseitigt hat, wird die nächste Bundesregierung um ihre Aufgabe nicht beneiden, neue Prioritäten zu setzen. Dennoch hat die SPD-Regierungsmannschaft ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, Bildung und Wissenschaft als die große Gemeinschaftsaufgabe anzusehen. "für deren Bewältigung eine opferreiche Anstrengung sowohl von Bund, Ländern und Gemeinden, wie auch aller gesellschaftlichen Kräfte unseres Volkes erforderlich ist."

+ + +

"Esca

"Brandt-Reden"

Ein neues Buch des "Regierenden"

sp - Vor wenigen Wochen wurde dem Buchhandel der Titel bekanntgegeben. Jetzt, noch vor Erscheinen, liegen schon über zweitausend Bestellungen vor. Ein außergewöhnlicher Erfolg für ein politisches Buch. Liegt es an dem auf den ersten Blick sensationellen Titel? Es liegt sicher zum größeren Teile daran, daß sich eine Vielzahl von Lesern noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen "an der Quelle" informieren will. Der knapp 200 Seiten starke Band, vom Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, herausgegeben, erscheint in diesen Tagen auf dem Büchermarkt. Die "Brandt-Reden" enthalten Auszüge aus den Reden Willy Brandts in den Jahren 1961-1965. Sie sind aber nicht chronologisch, sondern nach Stichworten geordnet. Das verbessert die Möglichkeit, sich zu informieren und macht es zugleich reizvoll, den Gedankengang Willy Brandts zu einem politischen Thema in einem geschlosseneren Kapitel zu verfolgen. Die einzelnen Kapitel sind mit kurzen Einleitungen versehen, die eine zusammenfassende Einführung zu den ausgewählten Themen geben. Fünf Kapitel behandeln die wesentlichen Fragen der Gegenwarts-Politik: Berlin, die Weltpolitik, Europa, Deutschland und schließlich die Gemeinschaftsaufgaben.

Wir werden in Kürze auf dieses neueste Buch Willy Brandts in einer ausführlichen Besprechung zurückkommen.

Rückt Lyndon Johnson nach rechts ?

Er ist sich selbst treu geblieben

Von unserem Korrespondenten in USA

tz., Washington, Mitte Juni

Viele Amerikaner und viele Freunde Amerikas im Ausland haben in diesen letzten Wochen bedenklich den Kopf geschüttelt und besorgt auf die allgemeine Richtung, die Präsident Lyndon Johnson eingeschlagen hat, geblickt. Sie haben die zunehmende Intensität der Kämpfe in Viet Nam mißbilligt und den amerikanischen Großeinsatz von Truppen und Militärtechnikern, der jetzt die Gesamtziffer von 50.000 übersteigt, mißbilligt; und sie haben erst recht die Intervention in der Dominikanischen Republik abgelehnt, die die schärfsten Kritiker als brutale Rückkehr zur "Kanonenboot-Diplomatie" des vorigen Jahrhundert ansahen. Und sie haben vielleicht auch Johnsons Kompromißhaltung in der zur Zeit vor dem Kongreß schwebenden neuen und zusätzlichen Bürgerrechtsgesetzgebung bedauert, weil sie in einigen Punkten nicht so weit geht wie die Fortschrittler und Reformier im Lande wünschen.

Muß man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß Lyndon Johnson nach rechts rückt; daß der Prophet der "Großen Gesellschaft", ins Amt gewählt als großer Gegenspieler des Reaktionärs und Chauvinisten Goldwater, nur sechs Monate nach seinem großen Wahlsieg die Ideenwelt seines Wahlkampfgegners adoptiert hat und das tut, was Goldwater als Präsident auch getan hätte?

Es ist erlaubt und legitim, diese Frage zu stellen; aber es ist nicht erlaubt, sie leichtfertig und oberflächlich zu beantworten, ohne auch nur das Gegenargument zu prüfen. Das Gegenargument ist, daß in diesen knappen sechs Monaten seit dem Wahltag Präsident Johnson eine Springflut innenpolitischer Neuerungen angepackt und zum Teil auch bereits durchgesetzt hat, - mehr, und tiefer greifend, als sein Vorgänger Kennedy mit seinem bedächtigeren Aktionstempo in seinen drei Amtsjahren fertig gebracht hatte. Ein umfangreiches und in ganzen eindrucksvolles neues Schulgesetz, ein breiter Frontalangriff gegen die Elendstaschen und Armutssektoren im ganzen Land, ein neues und verbessertes Bürgerrechtsgesetz, das vor allem mit verstärkten Garantien den Negern in den Südstaaten erlaubt, am Wahltag zur Wahlurne zu gehen, und endlich dringend notwendige und überfällige Reformen der Steuer- und Arbeitsgesetze und der Altersversicherung - das ist ein überaus eindrucksvolles Bouquet von Neuerungen und fortschrittlichen Maßnahmen, die vom Weissen Hause ausgingen und, zum Teil unter kräftigem präsidentiellem Druck, vom Kongreß verabschiedet oder doch zum mindesten, zur Zeit da diese Zeilen geschrieben werden, energisch in Angriff genommen wurden.

Dennoch steht fest, daß Johnson seit Monaten zunehmend von der eigentlichen gemäßigten Linken, den Gewerkschaften, den fortschrittlichen Intellektuellen und Parteifunktionären der Großstädte, den Wortführern der (meisten) Neger und sonstigen nationalen Minderheiten im Lande und den intellektuellen Zeitschriften und Wochenzei-

tungen, kritisiert und angegriffen wird.

Es fing mit kleinen Gruppen pazifistischer Studenten an, die lärmend demonstrierten, und hat wie ein Lauffeuer die breiten studentischen Massen erfaßt. Den Studenten schlossen sich ihre Professoren an, erst eine Handvoll, jetzt schon zu Hunderten, die sich zu Protestkomitees zusammenschlossen und anti-vietnamesische Erklärungen in den Zeitungen veröffentlichten. Im Kongreß waren es zuerst nur drei oder vier Senatoren und fünf oder sechs Abgeordnete, die sich gegen die Vietnam-Politik und gegen Johnsons Berater aus Generalstabskreisen wandten; jetzt haben schon drei Dutzend Abgeordnete eine gründliche außenpolitische Parlamentsdebatte gefordert, und die Zahl der Bedenken äußernden Parlamentsmitglieder dürfte sich vervier- oder fünffacht haben.

Auf der anderen Seite aber ist die Gesamtlage der Gemüter der "Liberalen" im Lande eher konfus und verwirrt als rundweg feindlich. Die lärmenden Protestrufer stellen, insgesamt, wohl doch nur eine Minderheit des liberalen Lagers dar. Die Führung der großen Gewerkschaftsverbände hat sich entschlossen hinter den Präsidenten und seine harte Politik gestellt, die gelegentlichen "Polls", die der öffentlichen Meinung den Puls fühlen, lassen nach wie vor etliche solide Unterstützung des Präsidenten erkennen (wenn auch viel weniger als zur Zeit seines großen Wahlsieges im vorigen Herbst), und die großen liberalen Wortführer in der Presse sind geteilter Meinung. Die linksstehende Wochenzeitung "The Reporter" begrüßt den Kurs der Regierung, die grosse Tageszeitung "New York Times" bekämpft ihn: der sehr bekannte Publizist Walter Lippmann, dessen Ansehen riesig ist, lehnt die Politik in Viet Nam rundweg ab, aber begrüßt dafür die Intervention in Santo Domingo, - während umgekehrt ein anderer angesehenes Kolumnist, Max Lerner, ebenfalls ein Mann von links, die Politik in Viet Nam unterstützt, aber dafür die Aktion in der dominikanischen Republik in Grund und Boden verdammt.

Den Schlüssel zur Lösung dieses verschwommenen Rätselbildes dürfte ein Rückblick auf die fünfziger Jahre bieten, die Zeit, da der rabiante Senator McCarthy mit seiner reaktionären und gefährlichen Kommunistenschnüffelei die innenpolitische Atmosphäre vergiftete. Damals war Amerikas Linke, vor allem also die gemäßigte, staats-erhaltende echte Linke, scharf und tapfer gegen McCarthy, - und daher kommt es, daß noch heute in manchen dieser sonst sehr aufrichtigen und sauberen Linkskreisen ein entschlossener Anti-Kommunismus verdächtig erscheint - gleichsam als reaktionärer Trick und als konservative Waffe gegen Gewerkschaften und Sozialreform. Diese Maßstäbe sind falsch.

Denn besonnene Linkssprecher erinnern daran, daß in Viet Nam und Santo Domingo, wenn einmal der Kommunismus gesiegt hat, dem Volk nicht mehr die Wahl zwischen verschiedenen Regimeformen offen steht: wer in diesen Ländern den Kommunismus zurückdrängt, sichert dem Volk wenigstens die Möglichkeit, einmal in Ruhe und Frieden seinen eigenen Weg zu suchen. Darum ist Lyndon Johnsons Politik in Südostasien keineswegs ein Bekenntnis zu reaktionärem Imperialismus, sondern, so unpopulär die Unternehmung auch sein mag, ein Versuch, dem Volke die künftige Chance der Freiheit zu sichern. Präsident Johnson ist im Grunde sich selber treu geblieben, so schwer auch die außenpolitischen Herausforderungen seine liberale Grundhaltung auf die Probe zu stellen gewillt sind.

"Allies klar an der Saar"

Beobachtungen vom Wahlkampf im Saarland
Eine Reportage von Günter Markscheffel

Die Saarländer lassen sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen. Sie haben schon viel erlebt. Nach dem Ersten Weltkrieg bis 1935 das Völkerbundsregime, von 1935 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das "Dritte Reich", dann wiederum - bis 1955 - ein besonderes Statut unter der französischen Besatzung und seither ihre neue Existenz als "Saarland", eingegliedert in die Bundesrepublik Deutschland. In jedem dieser bewegten Abschnitte ihrer jungen Geschichte hat man den Saarländern zwar nicht den Himmel auf Erden, aber doch eine weitaus bessere Existenz versprochen, als sie jemals zuvor hatten. Natürlich unter einer Bedingung: Sie sollten sich bei der nächsten Wahl für die Fortsetzung des jeweiligen Regimes aussprechen. Die Saarländer haben aber stets ihren Beschützer einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ihre innere Verbundenheit mit Deutschland war immer viel stärker als offener oder versteckter Zwang, mit dem man sie entweder "einverleiben" oder "europäisieren" wollte.

Sie wachsen über sich selbst hinaus

Das Volk an der Saar ist bescheiden, arbeitsam und trotz des allzu oft auf seinem Rücken ausgetragenen Streites bedächtig. Es gibt aber Situationen, in denen es über sich selbst hinauswächst, Klischeeverstellungen, die man sich außerhalb des Saarlandes gelegentlich macht, durchbricht und plötzlich einen Weg beschreitet, den alle vermeintlichen Kenner seines Charakters und seiner Gewohnheiten bis dahin für unmöglich gehalten hatten.

So war es auch vor genau zehn Jahren, als der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer das heutige Saarland "europäisieren" wollte. Mancherlei Vorteile sollten sich hierbei für die Menschen an der Saar ergeben. Aber niemand war wohl mehr erstaunt als Adenauer selbst, als plötzlich in allen Schichten der Bevölkerung ein Widerstand ohnegleichen entwickelt wurde und die Wähler mit überwältigender Mehrheit ihr Votum für die Wiedervereinigung mit Deutschland abgaben.

Die Mehrheit der Saarbevölkerung ist katholisch. Wohl aus diesem Grunde hatten die Volkspartei von Johannes Hoffmann und die spätere Saar-CDU gehofft, daß das Saarland werde für alle Zeiten eine Domäne der Christdemokraten bleiben. Aber auch in dieser Beziehung sahen sich die vermeintlichen Kenner des Saargebiets getäuscht. Von Wahl zu Wahl stiegen die sozialdemokratischen Stimmen, und bei der letzten Kommunalwahl wurde die SPD sogar stärkste Partei.

Sucht Erhard an der Saar einen neuen Posten?

Am kommenden Sonntag wird nun der neue saarländische Landtag gewählt. Im Landesparlament verfügt die CDU über 19 Mandate, die alte Hoffmann-Partei (CVP) über sechs, die FDP über neun und die SPD über 16 Mandate. Nicht nur weil in drei Monaten die nächste Bundestagswahl fällig ist, sondern auch weil seit der Kommunalwahl die Politik im Saarland sichtbar in Bewegung geraten ist, blickt

man gespannt auf das Ergebnis der Landtagswahlen. Die Parteizentralen in Saarbrücken vermeiden es, von einem "Test" für die Bundestagswahl zu reden, und doch schwingt der Gedanke daran in jedem Gespräch mit.

Das zeigt sich schon an Äußerlichkeiten. Ein jovial in die Gegend blickender Bundeskanzler Erhard schaut von unzähligen Plakatsäulen milde in die Landschaft. Die Saarländer haben an dieses Großaufgebot an Kanzlersympathie aus Bonn die Frage geknüpft, ob sich denn der Herr Professor Erhard um einen Posten in Saarbrücken bewerben wolle, nachdem zahlreiche Meinungsumfragen ergeben hätten, daß die CDU/CSU demnächst nicht mehr als stärkste Partei in den Bundestag einziehen werde.

Dieser etwas bissige Humor ist typisch für die Saarländer. Er kommt ebenfalls zum Ausdruck, wenn sie an ihren Stammtischen und an den Buffets der zahllosen Bergmanns-Gaststätten sich etwas verwundert darüber unterhalten, warum denn plötzlich ein solches Riesenaufgebot von Bonner CDU-Prominenz im Saarland auftaucht. Ursprünglich war von etwa 60 Versammlungen mit Bundesministern die Rede. Inzwischen wird die Zahl der Veranstaltungen mit 220 angegeben, in denen Bundesminister heftig auf die Sozialdemokraten schimpfen, das "deutsche Saarherz" hochleben lassen, im Übrigen aber vermeiden, in Diskussionen Rede und Antwort auf die Frage zu stehen, warum denn die von der CDU geführte Bundes- und Landesregierung mit ihrer großen Macht seit 1955 nicht schon längst alles das im Saarland getan hätten, was man jetzt für die Zeit nach der Landtagswahl zu tun verspricht.

Schimpfen nicht gefragt

Schimpfereien auf die soliden und realisierbaren Vorschläge der Sozialdemokraten sind offenbar für die CDU an der Saar Lebenselement. Den Saarländern macht das vielleicht sogar Spaß, ob sie aber bereit sind, die Schimpfkanonaden am Wahltag zu honorieren, ist mehr als zweifelhaft. Als Willy Brandt dieser Tage in einer überfüllten Versammlung in einem Bergarbeiterdorf sagte, er glaube, daß die Bürger auch im Saarland die Parteien nicht danach beurteilten, welche von ihnen am besten schimpfen könne, sondern lieber einen Wettbewerb realisierbarer Vorschläge und guter Ideen unter den Parteien erleben möchten, lösten seine Worte einen so starken Beifall aus, daß Berlins Regierender minutenlang kaum weiterreden konnte. Am Saaleingang stand der einheimische Fraktionsvorsitzende der CDU im Ortsparlament. Sein Kommentar: "Der Mann hat recht."

Worum es geht

Im Saarland ist noch viel zu tun. Trotz des sprichwörtlichen Fleißes der Saarländer, trotz ihrer Umsicht und Sparsamkeit konnte das Saarland noch nicht in jeder Beziehung den Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik finden. Zahlreiche Versprechungen aus Bonn sind nicht gehalten worden. Es gibt ein Problem im Saargebiet, das jeden beschäftigt, ganz gleich, zu welcher Partei er sich hingezogen fühlt. Das Grenzland Saar konnte wirtschafts- und verkehrspolitisch nicht den großen Nachholbedarf, der durch das wechselvolle Schicksal entstanden war, einholen. Nur wenige Menschen außerhalb des Saarlandes wissen, daß hier heute noch rund 50 Prozent aller Beschäftigten in der Montanindustrie (Kohle, Eisen, Stahl) tätig sind. Im Ruhrgebiet dagegen

hat sich in den vergangenen 15 Jahren der Anteil der Beschäftigten in der Montanindustrie von ca. 45 auf 25 Prozent verringert. Das heißt mit anderen Worten: Während man im Ruhrgebiet durch großzügige und weit vorausschauende Investitionen neue Industriezweige entwickeln konnte und damit eine Vielfalt von Arbeitsplätzen schuf, ist das Saarland in dieser Beziehung einfach stehen geblieben. Die Menschen an der Saar hängen natürlich trotz der schweren Arbeit in der Montanindustrie an ihren Gruben und Hütten. Gleichzeitig wissen sie aber auch, daß der technische Fortschritt die Aufnahmefähigkeit dieser Industrie verändert und daß ihre Existenz im Heimatland nur gesichert werden kann, wenn neue Industrien und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Fragen ohne Antworten

Ebenso brennend ist das Problem der Verkehrswege. Der Transport der einheimischen Montanerzeugnisse zu modernen Weiterverarbeitungsindustrien ist teuer. Infolgedessen wird auf längere Sicht die Verbindung zu den großen Industriezentren in Deutschland und im Ausland nur aufrecht erhalten werden können, wenn ein modernes Verkehrsnetz Transportvorbilligungen ermöglicht. An Plänen für die Lösung der hier nur andeutungsweise aufgezeigten Probleme fehlt es nicht. Aber warum man nicht von Bonn aus schon längst die entscheidenden Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne unternommen hat, weiß weder der auf die Sozialdemokraten schimpfende Bundeskanzler Prof. Erhard noch der CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, Roeder, genau zu sagen. Es bleibt bei Vertröstungen auf die Zukunft.

Ähnlich steht es mit dem Bildungswesen im Saarland. Die CDU-Redner preisen aus einem unerfindlichen Grunde die einklassige und wenig gegliederte Volksschule auf dem Lande als "die gegebene Schulform für die Saar". Daß selbst in katholischen Lehrerkreisen schon seit langem erkannt wird, wie wenig Schulklassen mit einer Belegung von 50 bis 60 Kindern geeignet sind, alle Talente entwickeln zu können, scheint die CDU wenig zu stören. Ihre Propagandisten jedenfalls laufen hinter der Entwicklung her und merken ganz offensichtlich nicht, daß die Menschen an der Saar keine Lust mehr haben, ihr Schulwesen im Verhältnis zu anderen Bundesländern weiterhin verkümmern zu sehen.

Das sind einige der wichtigsten Fragen, die in diesem Landtagswahlkampf an der Saar eine Rolle spielen. Natürlich kommen dazu noch die Überlegungen, wie das Gesundheitswesen besser als bisher entwickelt werden kann, was auf dem Gebiet der Versorgung alter Menschen geschehen muß und all die Dinge, die im täglichen Leben einer so schwer arbeitenden Bevölkerung eine Hauptrolle spielen.

Die Propaganda der Parteien

Die FDP hat ihre gesamte Bundesprominenz aufgeboten und wirbt hier mit riesigen Plakaten schöner Männerköpfe, von denen behauptet wird, es handele sich hierbei um die Köpfe von Politikern mit Profil. Spaßvögel haben auf vielen Plakaten das L ausgestrichen, und seither redet man an der Saar von den "Profis" der FDP, die aus Mangel an geeigneter Beschäftigung in Bonn nunmehr ihre berufliche Tätigkeit in das Saarland verlegt haben.

Nach der Plakatfülle zu urteilen, müßte die CDU das Rennen haushoch gewinnen. Fachleute schätzen den finanziellen Aufwand der CDU für Plakate, Klebekolonnen und andere Werbemittel mindestens drei- bis viermal so hoch ein, wie er bei früheren Wahlen von der gleichen

Partei angegeben wurde. Aber selbst im Hauptquartier der CDU ist man skeptisch; man glaubt nicht so recht, daß diese Papier- und Plakatflut das erhoffte Ergebnis zeitigen wird.

Die Sozialdemokraten haben ihre Propaganda ganz auf die Probleme im Saarland eingestellt. Sie werben vornehmlich mit realisierbaren Vorschlägen für die Entwicklung der Wirtschaft, des sozialen und kulturellen Lebens an der Saar. Als die CDU zu spüren bekam, wie wirkungsvoll die SPD-Propaganda ist, holte sie Pläne hervor, die in ihrer Anlage und in ihrer Aussage mitunter wörtlich dem Regierungsprogramm der SPD von der Bundestagswahl 1961 ähneln. Das noch vor wenigen Wochen von der CDU ängstlich vermeidene Wort "Plan" hat plötzlich als "Plan-Roeder" den Wortschatz der CDU-Propagandisten bereichert und wird jetzt von den Gefolgsleuten des saarländischen Ministerpräsidenten mit einem Aufwand strapaziert, der an jene Anstrengungen erinnert, mit denen man in früheren Jahren die SPD verkettzte, wenn von ihr das Wort "Plan" überhaupt nur ausgesprochen wurde.

... und ihre Chancen

Wahlwetten gibt es im Saargebiet natürlich auch. Man veranstaltet örtliche und gebietliche "Toto", schreibt Preise aus und hat vielerlei Einfälle, um die Wähler an die Urne zu bringen. Der CDU ist hierbei eine kleine Panne unterlaufen. Sie verspricht den Toto-Gewinnern, die unter der Rubrik "ferner liefern" auch noch ein Geschenk mit nach Hause nehmen sollen, ein ganzes Kilo Mehl. Darüber werden viele Witze gemacht. Die einen fragen, ob der Bundeswirtschaftsminister noch einen alten Getreidestock preisgünstig los werden will. Die anderen, ob man in der Parteizentrale der CDU meinte, die Saarländer ließen sich für ein Kilo Mehl für die derzeitige Regierung gewinnen. Ganz Pfiffige haben jedoch behauptet, die CDU wolle mit dem Mehlangebot deutlich machen, daß sie nicht ganz so schwarz sei wie man von ihr behauptet ...

Im Hauptquartier der SPD ist man zuversichtlich. Es wird damit gerechnet, daß zwischen CDU und SPD ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen stattfindet, dürfte, wobei - laut Meinungsumfragen - die SPD durchaus die Chance hat, die stärkste Partei aus diesen Wahlen hervorzuziehen. Bei der CDU spürt man das sehr deutlich. Hier wird in führenden Kreisen jetzt kurz vor Ende des Wahlkampfes über alle möglichen Koalitionskombinationen gesprochen.

Die FDP, die gerade hier im Saarland versucht, ihre Rolle im Kampf gegen den damaligen Ministerpräsidenten Hoffmann hochzuspielen, betrachtet sich als "Zünglein an der Waage", rechnet sich jedoch kaum nennenswerte Chancen für eine tatsächliche Verbesserung ihres Anteils an Wählerstimmen aus.

Zuversicht bei der SPD

Die Zuversicht der Sozialdemokraten im Saarland ist gut begründet. Erstens sind sie mit ihrem großen Erfolg bei den Kommunalwahlen in die Kampfarena getreten, jedoch wohl wissend, daß örtliche Wahlen nicht dasselbe sind wie die Wahlen zu einem Landesparlament. Zweitens aber kann die SPD im Saarland mit Stolz auf ihre in die breiteste Öffentlichkeit hineinwirkende und vielfach von jungen Menschen getragene staatspolitische und organisatorische Leistung verweisen. Das ist ein "Kapital", das keine andere Partei der SPD an der Saar streitig machen kann und das in jeder beliebigen Falle seine Früchte tragen wird. Nicht zuletzt aus diesem Grunde haben die Sozialdemokraten im Saarland die Parole

"Alles klar an der Saar".